

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 13

Berlin, den 26. März 1927

2. Jahrgang

Die kommunistische Partei und die Gewerkschaften.

Die kommunistische Partei Deutschlands hatte kürzlich einen Parteitag, auf dem ein Referat über „Unsere Arbeit in den Gewerkschaften“ erstattet wurde. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß sich diese Partei in gewerkschaftlichen Organisationen rein politisch betätigt und ihre Mitglieder in die besten Gewerkschaften bringt. In dem Bericht werden nicht nur eine Menge Unwahrheiten — wie: die Gewerkschaften erfüllen nicht den Zweck: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaftsführer sind erbitterte Gegner der Industrieverbände. Sie sehen der internationalen Verbindung der Arbeiterklasse Widerstand entgegen usw. — über die Gewerkschaften verbreitet, sondern auch eine so große Unkenntnis über die Gewerkschaftsbewegung an sich zum Ausdruck gebracht, daß man sich nicht mehr darüber zu wundern braucht, daß die ebendamals von kommunistischer Seite gegründeten Gewerkschaften in Deutschland keine lange Lebensdauer hatten. Was den spaltenlangen ideologischen Wortschwall ist außer den Unwahrheiten nur noch die Tendenz zu erkennen, daß in den Gewerkschaften für die kommunistische Partei gekämpft und gearbeitet werden soll. Das heißt: die kommunistischen Gewerkschaften sollen ihre Gewerkschaftstätigkeit für die Gewerkschaften sein lassen und sollen sie zur Stärkung ihrer Partei verrichten.

Wohin diese Anweisungen führen, wie schädlich sie persönlich für die Gewerkschaften, sowie für die gesamte Arbeiterklasse sind, zeigen am besten die Ausführungen unseres Kollegen Ernst Siegmund-Chernich, der sich durch seinen Austritt aus der KPD aus der Zwangslage befreite. Er benennt seinen Schritt wie folgt:

„Der Hauptgrund meines Austritts aus der KPD liegt hauptsächlich darin, daß es unter allen Umständen notwendig ist, die Geschlossenheit und Schlußkraft der linken Organisation der Arbeiterklasse, wo Sozialdemokraten und Kommunisten noch nebeneinander arbeiten, zu erhalten, nämlich die Gewerkschaften. Inmitten im politischen Leben steht, wer die heftigsten Kämpfe in den politischen Versammlungen, und auf der anderen Seite die wirtschaftliche Not und den Nebermut der Unternehmer aus nächster Nähe miterlebt hat, der weiß, daß die Gewerkschaften noch die einzige Plattform sind, von der aus der wirtschaftliche Kampf des Proletariats einheitlich geführt werden kann. Sie sind der einzige wirtschaftliche Wachtort, vor dem die Unternehmer noch Respekt haben und in weiterer Erstarkung in der Lage ist, das Los der Arbeiterklasse einigermaßen erträglich zu gestalten.“

Wenn aber von einem Gewerkschaftsführer verlangt wird, er, der an verantwortlicher Stelle steht, den Verband einem Funktionsorgan einer politischen Partei machen soll, dann ist es Zeit, daß man sich mit den Mitteln dagegen wehrt.

Die kommunistische Partei hat dieses Ansinnen nicht einmal, sondern dühende Male an mich gestellt. Ich habe mir als Gewerkschaftsführer erlaubt, daß ich parteipolitische Beschlüsse der KPD im Verband durchzuführen oder mich mindestens dafür weigern sollte. Man hat von mir Bruch der Vertraulichkeit gegenüber Gewerkschaftsbeschlüssen verlangt, ja sogar das Geld meiner Kollegen in der Sozialkasse sollte parteipolitischen Zwecken verfügbar gemacht werden.

Was hätten wohl meine Gewerkschaftskollegen, deren Vertrauen mich an diesen Platz gestellt hatte, dazu gesagt, wenn ich ihnen Mittel der Sozialkasse, wie von mir verlangt wurde, der Kostenhilfe, der K.A.G., den Rücklagen, Delegationen usw. zur Verfügung gestellt hätte, die mit gewerkschaftlichen Fragen nicht das Gerüchtele haben? Sie hätte es katastrophal für das Vertrauen der Kollegen untereinander wirken müssen, wenn ich mich bereit hätte, wichtige Dinge, die in Ortsversammlungen, Mitgliederversammlungen und Generalversammlungen unseres Verbandes behandelt wurden, vorher der Partei zu bringen? Oder wenn ich verpflichtet hätte, mich für die rein politischen Beschlüsse der KPD, deren Tendenz nur der Kampf um die Macht in den Gewerkschaften war, in den Versammlungen und Körperlichkeiten einzusetzen? Unser Verband wäre dann zu einem reinen Funktionskörper der KPD geworden, den man konnte mit tödlicher Sicherheit den Tag absehen, wo eine andere Organisation im Bezirk durch die Politik der KPD und in Nachgeben vor die Hunde gegangen wäre.

Weil ich nicht nachgegeben habe, weil mir der Verband höher stand als die Ortsgruppe der KPD, weil mir die Gesamtheit der Arbeiterklasse höher steht als ein Teil von ihr und weil ich gewohnt bin, im politischen und gewerkschaftlichen Leben mit reinen Waffen zu kämpfen, habe ich mich nicht in meine politische Partei eingelassen, sondern habe erklärt:

Siegmund schreibt dann noch: „Doch mein persönliches Schicksal spielt bei der Angelegenheit nur die kleinste Rolle. Wichtig sind die Gründe meines Austritts und wichtig ist Erkenntnis, die sich endlich auch bei den Arbeitern der kommunistischen Lager Bahn brechen muß. Ich weiß, daß ich mit denselben „Wahrheiten“ Entschlüssen ringe, ich weiß, Scham, Traurigkeit, Verbittern, manchen guten Entschluß hindern werden, aber ich weiß auch, daß die innere Not allgemeinen Arbeiterbewegung eines Tages uns zur Einheit treiben wird, ob einzeln, oder in Paaren oder in Parteien. Ich bin den Weg bereits gegangen, den mit absoluter Wichtigkeit die anderen nach mir gehen werden.“

Siegmund handelt so, weil er mehr Gewerkschafter als Parteimitglied ist, der lieber die größte und erfolgreichste Organisation erhalten will, als seine Kräfte ergebnislos zu verstreuen. Er folgte Verunsicherungen aus Erregung. Sein Verstand und sein Gewissen wiesen ihm den Weg zu den Gewerkschaften.

Die kommunistische Partei Deutschlands will mit ihrer Organisation die Arbeit in den Gewerkschaften besetzen, ihre Anhänger in den Gewerkschaften parteipolitisch stärken. Damit wird freilich keine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit erreicht. Die kommunistischen Gewerkschafter werden sich des-

Wirtschaftsminister und Kaufkraftproblem.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius kam in seiner Reichstagsrede am 15. März auf das Kaufkraftproblem zu sprechen und führte dazu aus:

„Nicht einzig sind wir uns in der Frage des Maßes der Preislenkung, insbesondere des Maßes, welches hätte eintreten sollen; darüber bin ich auch mit den oppositionellen Parteien völlig einig, daß das Ziel noch nicht erreicht ist, daß Ziel, das dahin gehen muß, nun auch den zweiten Teil der Rationalisierung zu vollenden, nämlich die Technisierung der Wirtschaft, die zum großen Teil heute noch erst in den Anfangsstadien sich befindet, das wir letzten Endes die Lösung des Wohlstands des ganzen Volkes, eine Erhöhung der Kaufkraft auf der ganzen Linie erreichen müssen.“

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ist den deutschen Unternehmern kein Unbekannter. Er gehört politisch zur Deutschen Volkspartei, der Vertreterin zur Wahrung von Unternehmerinteressen. Wenn dieser Mann im Reichstag seine wirtschaftlichen Erkenntnisse in die vorstehenden Worte kleiden muß, dann sollte man annehmen, daß allmählich im Unternehmertum eine Wandlung vor sich gehen sollte. Dieses ist jedoch noch weit davon entfernt, dem Minister in seinen Gedankenengängen zu folgen und sie gar in die Tat umzusetzen.

Bisher bachten die Unternehmer und die Vertreter nur an ihren Wohlstand. An die Erhöhung der Kaufkraft auf der ganzen Linie gingen sie auch nicht heran. Sie taten gerade das Gegenteil davon, was ihr Parteifreund als Reichswirtschaftsminister wünscht. Wenn sie sich nun befehlen sollten — was nicht der Fall sein wird — dann wäre es an der Zeit, diesen Standpunkt erkennen zu lassen.

Die Arbeiterschaft tut gut, in den Betrieben die Unternehmer und ihre Vertreter auf die Worte des Reichswirtschaftsministers hinzuweisen und zu verlangen, daß damit der Anfang gemacht wird. Es darf nicht bei schönen Ministerworten bleiben, ihnen müssen die Taten folgen.

Aber auch dem Reichswirtschaftsminister ist zu empfehlen, in den Reihen der Unternehmer eifriger für seine Anschauungen zu wirken, damit die Forderungen auf Lohnabbau, also auf Verminderung der Kaufkraft, unterbleiben und einer besseren Einsicht Platz machen.

Arbeiterhebe in Bankberichten.

Die Großbanken unterbreiten gegenwärtig der Öffentlichkeit ihre Bilanzen für das vergangene Geschäftsjahr. Daraus geht hervor, daß sie im Jahre 1926 glänzend verdient haben. Ein so vorzügliches Gewinnjahr hatten die Banken noch nie zu-

halb hätten, in ihren Verbänden die Weisungen der Partei zu befolgen, sie werden, wie bisher, ihre gewerkschaftliche Einheit nicht auf Spiel setzen und die gewerkschaftliche Geschlossenheit wahren. Wer das nicht tut, wenn Parteiparolen vorgehen, ist besser dran, wenn er gleich den Gewerkschaften den Rücken kehrt, denn die Verbände dulden kommunistische Unterhöhlungsaktivität nicht mehr. Die Zeiten sind vorbei.

Wer den Gewerkschaften beigetreten ist, erkannte deren Satzungen an und hat diese zu befolgen. Etwas anderes darf es nicht geben. So wenig sich die Gewerkschaften in die Angelegenheiten der kommunistischen Partei mischen, so wenig dürfen sie, daß diese oder deren Anhänger sich in die der Gewerkschaften mischen. Wenn das bisher noch nicht begriffen wurde, so wird die Zeit weiter Lehrmeister sein müssen.

Die sich mehrenden Kämpfe der Gewerkschaften bedingen strikte Anerkennung der selbstgegebenen Bestimmungen, lückenlose Geschlossenheit, Unterordnung des einzelnen unter den Massenwillen der organisierten Arbeiterklasse; deshalb können keine Quertreiber und Störenfriede geduldet werden.

Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen! Sorgt allerorts dafür, daß in den Jahrestellen nur gewerkschaftliche Angelegenheiten erledigt werden.

Wie wäre es ihm gegangen?

Sehr oft ist von gedankenlosen Arbeitern bei der Agitation der Auspruch zu hören: „Es nützt ja doch nichts!“ Solche Kollegen heiden nicht nur den Tariflohn, den Urlaub usw., den die Gewerkschaften in zähem, unermüdlichem Kampfe erringen mußten, als etwas Selbstverständliches ein, sie denken auch nicht daran, daß auch auf anderen Gebieten Erfolge der Gewerkschaften zum Vorteil der Arbeiterschaft zu verzeichnen sind. Man hält es für ganz selbstverständlich, im Krankheitsfall sein Krankengeld, bei Erwerbsbeschränkung durch Unfall die Unfallrente, bei Invalidität die Invalidenrente, bei Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenunterstützung zu holen, ohne sich darüber klar zu sein, daß alle diese Einrichtungen noch recht jungen Datums sind, daß es gewaltiger Anstrengungen und Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft bedurfte, bis wir so weit gekommen sind, daß mehr als 1000 Jahre Judthaus und Gefängnis über Arbeiterführer und Arbeiter, die nichts verbrotten hatten, als daß sie um die Befreiung und Besserstellung der Arbeiterklasse kämpften, verhängt wurden, bis auch nur die bescheidensten Anfänge in dieser Hinsicht zu verzeichnen waren. Im Gegenteil, man schwärmt recht oft über die Gewerkschaften, weil die Unterstellungen nicht hoch genug sind, ohne dabei zu denken, daß man vielleicht an der ungenügenden Unterstützung selbst ein wenig mit schuld ist, weil man es nicht für notwendig hält, den Gewerkschaften, die für eine Erhöhung unabhängig eintreten, als Mitglied und Mitkämpfer beizutreten, ohne aber auch daran zu denken, daß auf Seiten des organisierten Unternehmertums starke Kräfte am Werke sind, eine Verdrückung dieser an sich unzulänglichen Unterstützungsätze unter allen Umständen zu erreichen.

Ein Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes ist auch das Betriebsrätegesetz, nach dessen § 84 — nur er interessiert uns in

verzeichnen. Wenn das schon der Fall ist, dann sollte man erwarten, daß in den offiziellen Geschäftsberichten eine objektive Beurteilung der Wirtschaftslage usw. stattfindet, daß man ferner auch der großen Volkswalze ihren Anteil am Reichtum der Nation gönnt. Um so erstaunter ist man, wenn man in dem Geschäftsbericht der Dresdener Bank folgendes liest:

„Gemmen auf den Willen zur Arbeit wird auch eine chematische Regelung der Arbeitszeit durch rücksichtslose Erzwingung des Achtstundentages einwirken. Wir können die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die kurze Zeit des Aufschwungs seit der Mitte des Jahres 1926, die noch keine allgemeine und durchgreifende Besserung brachte, nicht nur durch eine übermäßige sozialpolitische Gesetzgebung, sondern auch durch übermäßige Lohnforderungen, die sich überall andeuten, ein baldiges Ende finden kann. Die bereits vorhandenen Lagen der Unternehmen sind so groß, daß die Möglichkeiten, Lohnforderungen nachzukommen, viel beschränkter sind als in einer von Reparationsleistungen freien Wirtschaft.“

Dies schreibt ein Institut, welches 10 Proz. Dividende zu verteilen in der Lage war, keine Reserve um 5,4 Mill. M. erhöhen konnte, und dessen Aufsichtsrat eine Lantime von 452 978 Mark erhielt. Man sollte angesichts dieser Tatsache eine solche Schatzmacherei und ein derart antisoziales Verhalten nicht für möglich halten. Doch das Wundern muß man sich in dieser Welt der Profitwirtschaft abgewöhnen.

Die Höhe der Soziallasten in verschiedenen Ländern.

Die deutschen Unternehmer werden nicht müde, zu behaupten, daß Deutschland die höchsten sozialen Lasten zu tragen hätte und die deutsche Konkurrenzfähigkeit deshalb auf dem Weltmarkt sinken müsse. Eine beratung mit sozialen Abgaben vorbelastete Wirtschaft könne unmöglich erfolgreich im internationalen Konkurrenzkampf sein. Es ist nun interessant, welche Feststellungen ein englisches Wirtschaftskomitee über die Höhe der Soziallasten in verschiedenen Ländern getroffen hat. Diese ergeben nach einer Messung des „B. T.“ folgendes Bild: An sozialen Lasten (einschließlich Armenunterstützung, Invaliden- und Krankenversicherung, sowie Arbeitslosenfürsorge) wurden pro Kopf der Bevölkerung ausgegeben: in England 2,18/6 Pfund, in Deutschland 1,17/6 Pfund, in Frankreich 0,12 Pfund, in Belgien 0,5/6 Pfund und in Italien 0,3/6 Pfund Sterling. Nach dieser Statistik betragen die Soziallasten in Deutschland noch nicht einmal die Hälfte derjenigen, welche in England für ähnliche Zwecke aufgebracht werden. Die Ziffern der übrigen angeführten Länder stehen allerdings weit hinter den deutschen zurück. Die immer wiederkehrende Behauptung, daß Deutschland bezüglich der sozialen Lasten an der Spitze stünde, trifft jedenfalls nicht zu.

diesem Zusammenhange — die Arbeiter gegen Kündigungen oder Entlassungen Einspruch beim Arbeiterrat und, wenn die von diesem eingeleiteten Verhandlungen mit dem Arbeitgeber scheitern, beim Arbeitsgericht erheben können. Welchen Vorteil gerade diese Bestimmung des Betriebsrätegesetzes sehr oft haben kann, zeigt folgender Fall:

Der Apparatenwärter Georg Kurz in Trostberg wurde im Januar l. J. auf Grund des § 123, Ziffer 6 der Gewerbeordnung (vorsätzliche Schädenszufügung) fristlos entlassen. Nachdem die Einigungsverhandlungen gescheitert waren, wurde das Arbeitsgericht Trostberg angerufen, wo der Kollege, da er Mitglied unseres Verbandes ist, von dem Geschäftsführer der Fabrikstelle Wühlendorf vertreten wurde. Nach eingehender Verhandlung wurde die Firma verurteilt, K. weiter zu beschäftigen, im Weigerungsfalle ihm eine Entschädigung von 1104,25 M. zu zahlen. Da die Beklagte die Weiterbeschäftigung vorzog, fiel die Entschädigung weg; dagegen mußte aber gemäß § 88 des Betriebsrätegesetzes der gesamte Lohnausfall in Höhe von etwa 300 M. gezahlt werden. Die Hauptsache aber ist: der Kollege ist nicht arbeitslos geworden.

Wie wäre es K. ergangen, wenn die Gewerkschaften ein Betriebsrätegesetz nicht errungen hätten? Wie wäre es K. ergangen, wenn er unorganisiert gewesen wäre? Wer hätte in seinem Auftrage das Arbeitsgericht angerufen? Wer hätte ihn dort, wenn er es wirklich selbst angerufen hätte, vertreten? Niemand! So könnte er sich heute ein für allemal ohne jede Entschädigung den Viehweiden anheben. Die Unorganisierten aber sollten daraus die richtige Lehre ziehen. Der Verband der Fabrikarbeiter kämpft nicht nur für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, er schützt auch seine Mitglieder bei Entlassungen, wie dieser Fall — wie hunderte von anderen — deutlich gezeigt haben. Deshalb ihr Absichtstehenden, werdet in eurem eigenen Interesse Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Die Arbeitslosigkeit unserer Organisation Anfang März 1927.

Die Gestaltung des Arbeitsmarktes zeigt mit der fortschreitenden Jahreszeit eine leichte Entspannung. Die Zahl der staatlich unterstützten Erwerbslosen sank im Laufe des Monats Februar von 1 827 000 um 72 Proz. auf 1 306 000. Die Zahl der Zuschlagsempfehlung hat sich von 2 084 000 auf 1 983 000 verringert. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist die Zahl der staatlich unterstützten Erwerbslosen um 300 000 niedriger. Auch in unserer Organisation zeigt der Beschäftigungsgrad eine leichte Besserung. Unsere Arbeitslosenstatistik für Anfang März erfaßte 30 600 Mitglieder, das sind zirka 96 Proz. unserer Mitgliedschaft. Davon wurden als arbeitslos festgestellt: 28 186 männliche und 1108 weibliche Mitglieder, insgesamt 49 294. Verkürzt arbeiteten 15 472 männliche und 6471 weibliche Mitglieder, insgesamt 21 943. Von je 100 männlichen Mitgliedern waren arbeitslos 13,7, weibliche 13,5, insgesamt 13,6. Die ent-

Sprechenden Verhältnisangaben für den Vormonat waren 14,3, 13,1 und 14,5, mithin ein Rückgang von 6,2 Proz. In etwas stärkerem Verhältnis sank auch die Kurzarbeit, von 6,9 auf 6,1 vom Hundert oder um 13,1 Proz.

Wie sich die Arbeitslosigkeit in den beiden letzten Monaten in den einzelnen Industriegruppen gestaltete, zeigt folgende Aufstellung:

waren arbeitslos	waren arbeitslos					
	Ende Januar 1927			Ende Februar 1927		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Gesamt	14,8	13,1	14,5	13,7	13,5	13,6
In der Industriegruppe:						
Chem.-Industrie	13,0	14,5	12,6	12,1	14,5	12,7
Papier-Industrie	3,6	11,3	9,2	7,1	9,5	7,8
Nahrungsm.-Industrie	11,1	14,8	12,0	12,2	16,3	13,8
Spielwaren u. sonstige	17,9	13,6	16,4	21,3	18,5	19,9
Keramischer Hand gesamt	18,8	12,6	17,3	15,9	12,4	15,2
a) Porzellan-Industrie	9,4	7,7	8,8	8,2	6,2	7,5
b) Glas-Industrie	14,4	11,9	14,0	18,1	12,5	18,0
c) Grobkeramik	26,6	23,4	23,3	21,6	24,4	21,9

Von je 100 Mitgliedern

arbeiteten verfürzt	arbeiteten verfürzt					
	Ende Januar 1927			Ende Februar 1927		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Gesamt	8,3	8,9	8,9	5,5	7,9	6,1
In der Industriegruppe:						
Chem.-Industrie	6,5	11,2	7,8	4,7	7,9	5,5
Papier-Industrie	6,3	9,6	7,0	4,2	5,9	4,8
Nahrungsm.-Industrie	5,8	4,5	5,5	4,4	5,4	4,2
Spielwaren u. sonstige	6,5	12,6	8,6	7,8	13,6	9,7
Keramischer Hand gesamt	6,4	6,8	6,4	6,5	7,2	6,6
a) Porzellan-Industrie	3,5	9,2	9,5	6,6	6,5	7,3
b) Glas-Industrie	3,7	2,4	3,6	5,6	5,6	5,6
c) Grobkeramik	6,8	5,5	6,6	6,1	9,6	6,5

Von je 100 Mitgliedern

Die günstigste Lage des Arbeitsmarktes weist von den einzelnen Industriegruppen die Porzellanindustrie mit 7,5 und die Papierindustrie mit 7,5 Erwerbslose von Hundert der erfassten Mitglieder auf. Von der Gruppe Grobkeramik und Baustoffe, die noch immer die höchsten Arbeitslosenquoten stellt, ist bereits eine erfreuliche jahreszeitmäßige Besserung eingetreten. Alle Anzeichen sprechen für einen frühzeitigen Beginn der Arbeitstätigkeit in den Baustoffindustrien. Leicht gestiegen ist auch der Beschäftigungsgrad in der Glasindustrie, während die Statistik für die chemische Industrie und auch für die Nahrungsmitteleindustrie eine verhältnismäßig leichte Verschlechterung des Beschäftigungsgrades feststellt. Am härtesten ist die Verschlechterung in der Gruppe Spielwaren und sonstige Industrien. Hoffentlich bringen hier die Abschlüsse auf der Leipziger Messe, die nicht ungünstig ausgefallen sein sollen, einen erfreulichen Umschwung. Die Kurzarbeit ist, mit Ausnahme der Spielwarenindustrie, in allen Industriegruppen zurückgegangen.

Neben wir aus den einzelnen Bezirken zu, so müssen wir feststellen, daß der Ostpreußen immer noch mit 21,1 Erwerbslosen, auf je 100 Mitglieder, an erster Stelle steht. Dort sind die in der Baustoff- und in der chemischen Industrie beschäftigten Mitglieder mehr als 50 Proz. arbeitslos. In den übrigen Bezirken zeigt sich durchweg eine leichte Besserung. Sie tritt am stärksten im linken Rheingebiet in Erscheinung. Hier stellen die Verhältnisse für Arbeitslose von 23,8 auf 21,1 vom Hundert. Von der Besserung ist hier insbesondere die Gruppe Grobkeramik betroffen. In der lange brockliegenden Industrie für keramische Produkte hat sich der Beschäftigungsgrad gehoben.

Alles in allem ist die Lage des Arbeitsmarktes immer noch recht unangünstig, wenn sich auch hier und da einige Lichtblicke zeigen. Es ist nicht zu erwarten, daß der deutsche Arbeitsmarkt bald seinen vorwärtigen Zustand erreicht, der bei einem Etappenstand von 1-2 Proz. Arbeitslose liegt. Dafür sorgt schon die Rationalisierung, die immer mehr schneidende Hände freisetzt.

G. R.

Skandalöse Forderungen der Tafelglas-Industriellen.

In den letzten Jahren haben die Tafelglasindustriellen mit ihren Forderungen zur Mangelhaltung des Lohnniveaus beigetragen, daß sie keine Rücksicht nehmen auf diejenigen, die die Industrie groß gemacht haben, die oft 20 und mehr Jahre im Dienste der Industrie ihre schwere verantwortungsvolle Arbeit

verrichten und auch heute noch das Fundament für die Weiterführung der Betriebe mit Handarbeit bilden. Was sich die Tafelglasindustriellen aber diesmal leisten mit ihren und in den letzten Jahren ungenutzten Forderungen, ist wert, daß es dem Nachwelt durch Veröffentlichung erhalten bleibt. Es ist uns unmöglich, die gesamten Änderungsansprüche in unserem Fachorgan zu behandeln. Wir wollen deshalb nur die Hauptfragen veröffentlichen:

Zum § 3 verlangt man die reine Sonntagarbeit. Schon im Jahre 1923 konnten wir in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium bei 6 Betrieben den Nachweis erbringen, daß in den Nachkriegsjahren ohne Sonntagarbeit eine größere Produktionsmöglichkeit gegeben ist, als es in Vorkriegszeiten mit der Sonntagarbeit der Fall war. Seit dem Jahre 1925 befugt der § 7 in seinem 1. Absatz, daß die Mindestlohnansätze in Betrieben gesteigert werden sollen. In allen Betrieben, auch in Wannenbetrieben, ist eine Steigerung der Lohnzahl vorgenommen worden, und beträgt dieselbe in Gegenüberstellung der Vorkriegslohnansätze oft 25 bis 33 Proz. Außerdem ist im § 9 durch Schiedsrichter festgelegt worden, daß Fabrikbetriebe bis Sonntagmorgens 4 Uhr zu arbeiten haben. Wannenbetriebe können je nach wirtschaftlichen Verhältnissen eine stündige Sonntagsarbeit erfahren. Diese Bestimmungen sind in den letzten 2 Jahren der Arbeiterschaft in der Tafelglasindustrie durch Schiedsrichter zugewertet worden, und ist deshalb die Sonntagarbeit unter den jetzigen tariflichen Bestimmungen schon ziemlich begrenzt. Jede Vereinbarung oder jeder Schiedsrichter, der eine weitere Verschlechterung in dieser Frage bringen würde, müßte von vornherein der Ablehnung verfallen. Seit dem 9. Februar 1927 liegt eine Verordnung vor, die besagt, daß die Strecker nur noch ab 1. April 1927 in 8-stündiger Schicht oder 4 1/2-stündiger Wochenarbeitszeit beschäftigt werden dürfen. Obgleich diese Verordnung dem Arbeitgeberverband bekannt sein muß, fordert man auch diesmal für die Strecker die im alten Tarifvertrag vorgesehene Arbeitszeit von 54 Stunden, für die übrigen Arbeiter eine Arbeitszeit bis zu 68 Stunden. Auch hier wären die Tafelglasindustriellen in ihren Zeitungen noch nicht lesen zu haben, daß die politischen Arbeiterpartei und Gewerkschaften vom Reichstag eine grundsätzliche Neuregelung der Arbeitszeit verlangen.

Zum § 6 werden Forderungen gestellt, daß für alle durch Tarifschlichter entwerteten Tabellen Abzüge gemacht werden können, je nach der Entwertung der Gehaltstabelle. Die Tarifschlichter, sowie die Vereinbarungen im letzten Jahre zum § 6 sind für die Tafelglasindustriellen nicht mehr vorhanden, obgleich sie wissen sollten, daß die Arbeitnehmer mit den bisher getroffenen Auslegungen nicht einverstanden sein können.

Der § 8, Werkwohnungen, freien Brand und Licht behandelnd, soll in Begleit kommen, und dafür eine Bestimmung Aufnahme finden, die besagt, daß für Werkwohnungen die ortsübliche Miete zu bezahlen ist. Diese Forderung bedeutet allein schon eine 15- bis 20-prozentige Lohnreduktion für die einzelnen Facharbeiterkategorien. Diese Forderung ist von den Industriellen immer vor Behörden selbst gegeben worden, kann also von den Arbeitgebern in kommenden Verhandlungen nicht bestritten werden.

Als eine der wichtigsten Forderungen verlangt man von unseren Gehilfen, daß sie in Zukunft ohne Entschädigung die Walzen vom Glasofen zum Streifen tragen sollen. Unsere prinzipielle Einstellung zu dieser Frage ist bekannt, und es erübrigt sich deshalb, näher darauf einzugehen. Den Industriellen, sowie der eventuell einzusetzenden Schlichtungskammer sei aber schon hier gesagt, daß eine Verschlechterung in dieser Hinsicht die Arbeitsverweigerung der Gehilfen mit sich bringen würde. Aus allen Zahlstellen liegen schon die Protestresolutionen der Gehilfen vor und sind Beschlüsse, wie oben angeführt, gefaßt worden.

Mit Rücksicht hat man auch die Bezahlung für Mund- und Aufschneiden in den Vorschlägen der Arbeitgeber nicht aufgenommen. Man will hier die Kategorie der Glasmacher, die heute in vielen Fällen noch nicht einmal den Vorkriegslohn erreichen haben, noch den am-Lohnsatz um 22 Pf. verringern. Unwürdevoll müßte man fast sagen, es wäre doch richtiger gewesen, einen allgemeinen Lohnabzug von 50 Proz. zu fordern, denn wenn die Forderungen, die auch in der Ausfallsentschädigungsfrage und aus anderen Änderungsansätzen der Tafelglasindustriellen hervorgehen, zur Tat würden, dann würde wohl bald eine 50-prozentige Lohnreduktion eintreten.

Angeichts der Tatsache, daß der Reichsarbeitsminister vor kurzem öffentlich erklärte, bei kommenden Abschlüssen von Tarifverträgen darf die Not- oder Zwangslage der Arbeiter nicht ausgesprochen werden, sondern es ist darauf zu achten, daß ein gesunder Natursinn nach oben erfolgt, und den weiteren Erklärungen des Reichswirtschaftsministeriums, das Cadatel der Rationalisierung und Mechanisierung müsse die unbedingte Hebung der Kaufkraft der gesamten Bevölkerung sein, muß man sich fragen, wollen die Tafelglasindustriellen ihre Arbeiter und deren Gewerkschaften provozieren oder befinden sich augenblicklich die Tafelglasindustriellen mit ihren Firmen nicht mehr in Deutschland, daß man die Stimmen der Deutschnation nicht hört oder verstehen will. Mit ihren Forderungen schlagen die Industriellen der Tafelglasindustrie die eigene Industrie tot, denn keinem ihrer Arbeiter kann zugemutet werden, unter Bedingungen zu arbeiten, unter welchen selbst ein Ruli nicht arbeiten

würde. Zur Begründung der Forderungen scheidet man immer die einseitige Mechanisierung vor. Desgleichen ist von uns schon darauf hingewiesen worden, wie der Industrie und ihren Arbeitern am besten gedient sein dürfte im Zeichen der jetzigen Mechanisierung. Die Herstellung von Qualitätsarbeit wird den Betrieben mit Handarbeit die Möglichkeit der weiteren Existenz geben. Allerdings können Qualitätsleistungen nur dort erzielt werden, wo eine gesunde, zufriedengestellte Arbeiterschaft vorhanden ist.

Der Arbeitgeberverband rechnet sicher wieder mit der Hilfe eines Schlichters, wenigstens einige Forderungen durchzusetzen. Sein Schlichter wird und darf sich finden, der weitere Verschlechterungen veranlaßt, denn das, was den Tafelglasarbeitern in den letzten Jahren durch Schiedsrichter zugewertet wurde, ist seiner Industrie bislang angeboten worden. Systematisch wurden den Arbeitern das Lebensmarl genommen und die Arbeitskraft geraubt. Wir warnen deshalb schon an dieser Stelle ganz dringend, auf diesem Wege weiter fortzuschreiten. Die Arbeiter der Tafelglasindustrie werden Verschlechterungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, nicht mehr hinnehmen. Eine Industrie, die von ihren Arbeitern und deren Gewerkschaften unmögliches verlangt, hat damit zu rechnen, daß durch erbitterte Kämpfe der immer an die Wand gemalte Ruin der Industrie noch schneller herbeigeführt wird, als es die Industriellen selbst vermuten. Nur gegenseitige Verständigung wird dazu führen, die Handbetriebe auch in Zukunft in Deutschland noch lang Jahre im Interesse der Industrie und ihrer Arbeiter aufrecht zu erhalten.

Aus den zigorosen Forderungen der Tafelglasindustriellen erwächst für unsere Kollegen die doppelte Pflicht, geschlossen um einig dem Umsturz der Industriellen gegenüberzutreten. Kein Kollege darf in der geschlossenen Bilanz fehlen, wenn es eintraten sollte, den Kampf um unsere Lebensinteressen aufzunehmen müssen.

M. Preuß.

Der Manteltarif für die Weißhohlglasindustrie.

Die sechstägigen Verhandlungen zur Schaffung eines Reichsmanteltarifs sind zu Ende. Um 12.20 Uhr nachts am letzten Verhandlungstag wurde ein einstimmiger Schiedsrichter gefällt. Aus der langen Dauer der Verhandlung ergibt sich, welche schwere Aufgabe dem Schiedsrichter gestellt war. Von uns haben in der Schlichterkammer die Kollegen Müller-Sannover, Vulk-Dresden, Schödlitz-Deuben, Kranich-Altenfeld, von der christlichen Organisation Kollege Rados.

Die größten Schwierigkeiten machte die Frage der Arbeitszeit. Die Verordnung vom 9. Februar d. J. hat den äußerst ungünstigen Nachschub, der die Industrie völlig auseinanderreißt. Das war nur möglich, weil das Reichsarbeitsministerium in der Frage der Lohnabhängigkeit die Vorschläge des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats völlig außer acht ließ. Hoffentlich ist das eine Lehre, in Zukunft die Vorschläge dieser Gutachterkammer besser zu berücksichtigen.

Während die Verordnung den Gruppen I bis III eine Arbeitszeit an den Ofen von 8 1/2, in den anderen Zweigen von 9 Stunden bis 30. November 1927 gab, muß nach dem Wortlaut der Verordnung in allen anderen Gruppen ab 1. April die achtstündige Arbeitszeit in Kraft treten. Behördlicher Weise konnte nach Erlass der Verordnung daran nichts geändert werden, denn die Vorfrist des § 9 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 kam nicht in Frage, sondern nur durch eine Einigung der Parteien konnte eine andere Regelung erreicht werden. Aber auch diese war nur möglich, wenn die Arbeitnehmer in den Gruppen I bis III freiwillig von ihrem Recht der Ueberarbeit bis zum 30. November 1927 zurückgingen. Dazu war anfänglich keine Einwilligung vorhanden. Erst als sich kein anderer Ausweg mehr bot, wurde folgende Einigung gefunden: In den Gruppen I bis III ender die Ueberarbeit nicht mehr am 30. November 1927, sondern bereits am 30. September 1927. In den übrigen Gruppen tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden an den Ofen auf 8 1/2 Stunde pro Tag ein, dagegen bleibt die Arbeitszeit in den Schleifereien und Nebenbetrieben auf 9 Stunden. Auch diese Regelung läuft am 30. September 1927 ab. Dort, wo schon bisher niedrigere Arbeitszeiten bestanden, bleiben diese aufrechterhalten. Warum diese Regelung getroffen worden ist, ergibt sich aus nachstehender Protokollnotiz:

„Die Schlichterkammer ist der Auffassung, daß die Herbeiführung möglichst gleichmäßiger wirtschaftlicher Erzeugungsverhältnisse unter den sechs Gruppen der Weißhohlglasindustrie zum Zwecke des Ausbaues eines Manteltarifs im Interesse beider Parteien und damit im Hinblick auf die Wichtigkeit dieser Industrie aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist.“

Alle die unter vorstehendem geschilderten Ueberstunden sind mit einem Aufschlag von 20 Proz. zu bezahlen. Ueberstunden, die zur Fortführung des Betriebes dringend erforderlich sind, werden bis 8 Uhr abends mit 25 Proz., während die in der Nacht und des Sonntags mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt werden. Bei der herkömmlichen, regelmäßigen Nacht- und Sonntagarbeit der Schürer usw. bleibt es bei dem bestehenden Zustand. In der Frage der Glasabnahme wurden folgende Bestimmungen getroffen: Die Abnahme erfolgt: 1. bei allen Glas-

Wenn der Gedanke irgendein Recht kann finden, dann natürlich wird die Zeit - greift er heute gestrichenes Recht in den Himmel und holt herunter keine ewigen Rechte, die trocken hangen unveränderlich und unerschütterlich wie die Sterne selbst. Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr verbleibt, ist ihm das Schweres gegeben: der Güter Verlust dürfen wir vernachlässigen gegen Gewalt. Schiller. (Tel.)

Die Politik der armen Leute

Jahresunterteilung haben sich die armen Leute seit dem Mittelalter und Wirtschaft gekannert. Sie liegen sich regieren, die Herde und Lämmer hat gewöhnlich Lämmer und hat den gar nicht daran, daß sie selbst etwas wollen. Aber letzten Monats haben, die armen Leute, lange Arbeitszeit und Schlaf. Das war ihnen einsehlich worden, und das hatten sie so vernünftig gelernt, daß sie wie die Lämmer bei den armen Scherern haben.

Das war die „alte Zeit“, wo der große Herr Graf oder Baron mit seinen Leuten über die Herde der Bauern jagte, um grüne Wälder kassieren zu lassen. Die Bauern aber hatten keine andere Wahl, als sich unterwerfen zu lassen, wo der Herrschende auf den Gütern verpackt wurde, und sie alle wurden nach „Kasse“ gelegt. In einer Zeit, wo Hunger und Hunger noch die Ernter zahlen und die großen Herren bei Hofe den Scherern der Armen versprechen.

Aber die „alte Zeit“ ist verüber. Die Masse, die jahresunterteilung wurde, heute gelebt heute wie ein Tier, die sie geschädigt hatte fringed, anstreifen und verschlehen lassen, diese Masse wird was! Es ging wie ein Tier, die Massen durch tote Gerippe, wie ein Hund, der durch ein zerbrochenes Fensterglas in ein Zimmerrennen, niederkriechender Herrchen, die grobgerochenen Augen bewegen zu lassen, sie wurden hell, die Masse wurde langsam, daß sie dabei war und schielte sich an, ihre Macht zu zeigen. In Jahrhunderten ist die Schamme der Gedanke des freien Menschentums. Nicht allein die Reichen, auch wir

Armen haben Ansprüche an das Leben zu stellen. Wir, die wir jeden Tag schwer arbeiten müssen, auch wir wollen größeren Anteil an dem Ertrage der Arbeit haben. Wie das Evangelium einer neuen Zeit ging es durch die Herzen: Freiheit, Glick, Schönheit, Lebensfreude, Genuß, Wissen, Bildung, das ist alles nicht nur für die Reichen, es kann und soll auch den Armen werden. Wir wollen es erobern, denn wir sind zusammengekommen eine Macht!

Vor 53 Jahren sprach Ferdinand Lassalle in Deutschland zu den armen Leuten: Was ist der Staat? Der Staat ist ihrer, der armen Massen, große Vereingung; die übergroße Mehrheit der Bürger des Staates sind arme Leute, die kaum zu weizen haben, die tagtäglich nur in harter Arbeit schaffen müssen, um das arme Leben kümmerlich zu erhalten. - Welches Zweck hat der Staat? Der Zweck des Staates ist der, durch ihre Vereingung die einzelnen in den Stand zu setzen, eine solche Stelle des Lebens zu erringen, die sie als einzelne nie erreichen würden, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erringen, die ihnen jammlich als einzelne schlechthin unerschwinglich wäre. Der Zweck des Staates ist somit der, das menschliche Leben zur positiveren Entfaltung und fortwährenden Entwicklung zu bringen. - Leidet das arme heutige Volk? Er leidet es nicht, weil nicht die Interessen der Armen, sondern die der Besessenen in ihm herrschen. Die übergroße Mehrheit der Angehörigen des Staates sind arme Leute; aber die Herrschaft im Staat haben die Reichen. Die anderen Klassen haben sich im Laufe der Zeit in ihrem eigenen Staat alle Macht aus der Hand nehmen lassen! - Was ist also zu tun? Der Staat muß weiter der Herrschaft der armen Leute stehen. Die Armen müssen die Macht im Staate erobern und dann den weihen Zweck des Staates erfüllen, daß der Staat der Kultur der großen Masse dient. Ein solcher Staat würde einen Aufschwung des Geistes, die Entwicklung einer Summe von Glick, Bildung, Wohlsein und Freiheit herbeiführen, wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte, und gegen welche selbst die gerühmtesten Vorkämpfer in früheren Zeiten in ein verblühendes Schattentum veränderten.

Diese Worte sind auf fruchtbarsten Boden gefallen. Organisationen entstanden, der Gedanke der Solidarität zündete, befruchtete die Herzen und Gehirne der Arbeiter und Handwerksleute. Das Morgenrot einer neuen Zeit begann. Gegenwärtig stehen wir vor einer ähnlichen Situation. Die Millionen

der Lohn- und Gehaltsempfänger fordern Einstuß, ringen um Macht und Anerkennung im Staate und Wirtschaft. Sie wollen bestimmen den Einstuß in der Wirtschaft, mitregieren im Staate. Genau wie vor 60 bis 70 Jahren, wo die Welle der Freiheit zum Gemeingut aller fortgeschrittenen Kreise hinausschwoll und sich für alle Reiten im freien Menschentum verankerte. Es liegt in diesen Gedanken der Weisheit einer neuen Zeit, einer neuen Periode der Weltgeschichte. Die Betretenen und Niedergerittenen sollen aufstehen und sich auf ihre Macht besinnen. Die, welche Jahrtausende hindurch auf der Schattenleite des Lebens standen, sollen nach der Sonne verlangen. Weichen sie nicht ein? Ihr selbst müßt wollen, müßt kämpfen, müßt ringen, und nur im Kampf um die Macht wird euer Stolz und eure Lebenskraft wachsen. Ihr selbst müßt anders werden, als ihr früher wurd. Aber nur der Kampf, nur der große und lange Wille, nur das Ringen um große und erhabene Ziele kann euch den verlorenen Adel der Seele zurückgewinnen. Ringt um die Macht, kämpft um den Staat: das ist der einzige Weg zur Kultur, Glück und Stolz.

Es war eine Besaune, die in die schlafende Nacht erscholl: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Erst hörten nur wenige diesen Ruf. In den Ueberdörfern in Sachsen, Schlesien und am Rhein begann die Bewegung. Dann ging sie weiter in die großen Städte, in die Fabriken, in die Werkstätten, auf flache Land, in die Dörfer. Heute lebt und wagt und blüht diese Idee im ganzen deutschen Reich und rollsum in der ganzen gebildeten Welt. Aus den wenigen, die zu Lassalles Lebzeiten kamen, sind Laufende, Hunderttausende, Millionen geworden.

Darum fordern wir eine Politik der Armen, damit die Armen erstmals überhaupt ein Vaterland finden, wo Kultur und Lebensglick das oberste Gesetz ist. In der Wirtschaft, als Träger der Produktion, verlangen wir maßgebenden Einstuß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im Staate Einstuß auf die Leitung zu gewinnen, die Gesetzgebung der großen Masse der darbenenden Staatsbürger dienstbar zu machen.

Für diese Menschenrechte wollen wir Organisierte an der vordersten Front kämpfen. Trete alle vor die Kampfesfront. Macht auf zu Wille und Stolz. So wird das Evangelium reifen, das Menschenwürde, Stolz und Glück auch für die sorgend belästete Masse bringt. B. Hertwig.

forten, die keiner weiteren Bearbeitung in der Schleiferei usw. unterliegen, nach der Sortierung und Hebernahme durch die Firma. 2. Glasorten, die veredelt werden können, quillochieren, feinschleifen, malen usw.), nach ihrer ersten Bearbeitung in der Schleiferei und Sortierung. 3. Alle anderen Glasorten, nachdem sie Schleiferei und Verschlussschleiferei durchlaufen haben und sortiert sind.

Die vom Feinschleifer, Quillochierer, Maler, Heber abgelieferte Ware wird nach ihrer Sortierung abgenommen. Bei der chemisch-technischen Brande bleibt es hinsichtlich der Abnahme bei den bisherigen Bestimmungen. Ebenfalls bleiben die alten Bestimmungen bei den elektrischen Stollenmachern und den Verschleißmachern.

Die Urlaubsbestimmungen zeigen die alte Form, 3 bis 6 Tage, Entschädigung nach Beitragen oder beim Nichtbeitragen nach dem Durchschnittsverdienst der letzten vier vollen Arbeitswochen.

Alle anderen Bestimmungen des alten Manteltarifs sind ähnlich oder genau in den neuen übernommen. Der Tarif soll Geltung haben bis zum 31. 12. 1928. Die Parteien haben ihre Entscheidung über Annahme oder Ablehnung bis zum 26. d. M. zu geben.

Kommt es zur Annahme des Vertrages, dann ist ein schweres, seit langem erstrebtes Ziel erreicht. Man ist nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen, aber die Grundlage zum weiteren Ausbau ist dann vorhanden. Dann hört die Perziosenheit auf, und einwilliges Arbeiten ist ermöglicht.

Differenzen. In der Glasfabrik in Hildesheim sind ernste Differenzen ausgebrochen. Bezug ist ferngehalten!

Bei der Firma Bruno Bohnhoff, Glasfabrik in Dresden-A., Altenbergerstr. 49, drohen ernste Differenzen auszubrechen. Die fortgeschrittenen Lohnabzläge können die Kollegen nicht mehr hinnehmen.

Die Firma ist mit Arbeitsangeboten zu verschonen.

Vermeldet Arbeitsangebote! Der Arbeitsnachweis für Hörstel wird vom Kollegen Karl Gundlach, Hörstel, Glasfabrik 155, verwaltet. Der Arbeitsnachweis nach beobachtet werden. Arbeitsangebote sind zu unterlassen, da noch arbeitslose Kollegen am Orte sind.

Krankheitsmaßnahmen. In Bonn kursieren seit einiger Zeit Gerüchte, die besagen, die Arbeiter der Firma Ludwig Wessel, Steinzeugfabrik A.-G. Bonn, hätten widerrechtlich die Arbeit verlassen und seien in einen Streik getreten. Zur Aufklärung der Ungeheuerheiten diene zur Sache daher folgendes zur Kenntnis:

Im Februar 1926 wurde die Firma durch einen Brand heimgesucht. Die Firma hat nun im Laufe eines Jahres fünfmal an die Regierung Stilllegungsanträge gestellt, welche sonderbarerweise jedesmal auch genehmigt wurden. In allen diesen Verhandlungen wurde darauf hingewiesen, daß die Firma unrentabel arbeite, daß sie neu bauen müsse und daß, falls irgendwelche schwebenden Verhandlungen nicht zur baldigen Erledigung kämen, die Firma stillgelegt werden müsse. Nach in der Verhandlung am 8. Januar 1927 wurde seitens des Vertreters der Firma, Dr. Bauer, in derselben Weise operiert. Die Vertreter der Arbeitnehmer waren schon lange vorher mitsprachlich geworden, und bei der letzten Verhandlung wurde Herr Dr. Bauer vor die Frage gestellt, ob diese Stilllegungs- verhandlungen nicht vielleicht eine Vorbereitung oder eine Sicherungsmaßnahme für die in nächster Zeit bevorstehenden zentralen Lohnverhandlungen zwischen dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband bedeuten sollten. Dieses wurde auf das allerhöchste verneint. Am 23. Januar 1927 wurde der gesamte Beschäftigte das Arbeitsverhältnis zum 12. Februar gekündigt, jedoch unter diese Kündigung ein Vermerk gemacht, der da lautete, daß man bereit sei, mit den Leuten ab 14. Februar einen neuen Arbeitsvertrag abzuschließen. Welcher Art der neue Arbeitsvertrag sein sollte, wurde aber erst acht Tage später, und zwar zu einer Zeit, als die Lohn- und Tarifverhandlungen zwischen den Hauptverbänden schon im Gange waren, bekanntgegeben. Sie lauteten dahin, daß die Alfordlöhne um 10 Proz. reduziert werden sollten. Die Arbeiter lehnten dieses ab, wurden aber am 12. Februar nicht entlassen, sondern die Firma erklärte sich bereit, das Arbeitsverhältnis bis zum 19. Februar weiter bestehen zu lassen. Dann wieder erklärte sie, daß sie ab 21. nur noch die verminderten Löhne ausahlen werde, und daß weiter ab 21. nur noch eine Kündigung von einem Tag, statt bisher 14 Tage, maßgebend sein sollte. Sie kündigte nun diesesmal, und zwar ausdrücklich die Arbeitsbedingungen zum 7. März, und von den manderlei Arbeitsbedingungen, welche das ganze Arbeitsverhältnis umschließen, nur die Alfordlöhne um 10 Proz., während alle anderen Löhne und sonstigen Bedingungen, wie Urlaub usw. bestehen bleiben sollten. Auch dieses wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt, und wurden nun die Arbeiter am 8. März von ihren Arbeitsplätzen, an denen sie standen, fortgewiesen und ausgesperrt.

Wenn man in der jetzigen Zeit Betrachtungen darüber anstellt, wie weit die Arbeiterschaft im ganzen in ihren Lebensverhältnissen und Lebensbedingungen zurückgeworfen ist, und weiter in Betracht zieht, daß in Bonn die Grund- und Gewerbesteuer um 70 Proz. erhöht ist von 180 auf 290 Proz., und daß der Hausbesitzer alles, was über 100 Proz. geht, auf die Mieter umlegen darf, wenn man weiter in Betracht zieht, daß zum 1. April eine Mietersteigerung von 10 Proz. seitens der Regierung genehmigt ist und hierbei bedenkt, daß der Reichswohlfahrtsminister Dirksler selbst die Durchführung einer solchen Mieterhöhung nur dann für angänzlich erklärte, wenn diese von der Industrie und Arbeiterschaften den Arbeitern eine Lohnsenkung in entsprechender Höhe zugestimmt würde, so wie es von den staatlichen Behörden und auch Kommunalbehörden vorgegeben und zum Teil schon durchgeführt ist, da mutet es eigenartig an, daß ansprecher die Firma A. Wessel, als erste Firma der ganzen feinkeramischen Industrie, mit einer solchen, geradezu den ganzen Arbeitsverhältnis hohnsprechenden Forderung an ihre Arbeiterschaft herantritt, eine Arbeiterschaft, die den Klagen der Betriebsleitung glauben schenkte und das ganze sehr hindurch Heber- fünden glücklich hat. Noch eigenartiger mit einem das Vor- gehen der Firma an, wenn man die Art und Weise der Rechts- vertretung, welche Dr. Bauer sich zu eigen macht, betrachtet. An allen Stellen dort, wo den Arbeitern, die keinerlei An- scheinungen aus irgendwelchen selbstverworfenen Rechten zu erwarten haben, eine Unterstützung gewährt werden könnte, hat derselbe zum Teil durch Klage unvorher Bekanntschaften sich dafür verhalten den Leuten diese Unterstützung abzuwehren. Nun- mehr wird auch noch die Behauptung aufgestellt, die Arbeiter hätten böswillig die Arbeit verlassen, es wird aber nicht gesagt, daß die Firma, die einen Abzug von 10 Proz. verlangte, die Arbeiter, die nur ihren bestehenden Lohn verteidigten, nicht einmal Ansprüche auf höheren Lohn gestellt hätten, auf die Strafe gesetzt hat. Daß böse Beispiele gute Sitten verderben, beweist in diesem Falle nun die Firma Wesselsche Porzellanfabrik Duisburg, welche nun auch am 15. d. M. plötzlich erkannt hat, daß sie immer mit Verlust arbeitet und dementsprechend ihren Leuten auf den 16. gekündigt hat mit der Maßgabe, daß auch sie gewillt ist, zu versuchen, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten, wenn die Ar- beiter sich einverstanden erklären, die Alford- löhne um 10 Proz. herunterzusetzen.

Wie es mit der Wahrheitsliebe des Dr. Bauer aussieht, dafür einige Beweise: Er trohm die Firma fünf Stilllegungs- anträge mit der Begründung des Stilllegensmüssens eingereicht

hat, trotzdem gerade Dr. Bauer bei allen Stilllegungsverhandlungen immer darauf hingewiesen hat, daß der Betrieb still- gelegt werden müsse, erlaubt sich derselbe Herr vor dem öffentlichen Gewerbegericht zu erklären, sie hätten noch nie die Alfordlöhne gehort, stillzulegen, und es wäre auch noch nie ein Wort davon gesprochen worden, die Fabrik stillzulegen. Kommentar überflüssig. Eine offene Frage an Dr. Bauer haben wir hier zu stellen. Dr. Bauer! Sie haben in der Gewerbegerichtssitzung am 15. März erklärt, der Betriebsratsvorsitzende Heinrich Junker habe den Leuten, welche die Arbeiten der Alfordlöhner verrichten sollten, mit den Worten: „Ihr wollt wohl die Knochen kaputtgeschlagen haben“, Schläge angedroht. Wir fordern Sie auf, bekanntzu- geben, wann und zu welchen Arbeitern Junker dieses gesagt hat. Sollten Sie dazu nicht in der Lage sein, so werden Sie bei Ihrem Bildungsgrad verstehen, für was wir Sie in Zu- kunft ansehen haben.

Anangebrachte Schwarzmalerei.

In der „Industrie- und Handelszeitung“ vom 9. März 1927 gibt der Volkswirtschaftler der Feinkeramik, Dr. H. Lewe- Berlin, unter der Überschrift: „Der Existenzkampf der fein- keramischen Industrie“, eine Heberchrift über deren Lage im Jahre 1926. Der Aufsatz trägt in der Heberchrift die Tendenz der Mesmacherei in einer Art zur Schau, die der Industrie nicht dienlich ist. Da auch als Beweis Zahlen mit angeführt werden, macht es sich notwendig, etwas darauf einzugehen.

Der Verfasser gibt die allgemeine Lebensart wieder, daß für das erste Halbjahr 1926 die Beschäftigung der Porzellan- geschliffenfabrikanten nur auf 87 Proz. ihrer Produktions- kapazität geschätzt wird und schreibt ferner: „Der Produktions- rückgang des Jahres 1926 fällt ausschließlich dem Sinken des Inlandsabsatzes zur Last, der sich für das erste Halbjahr 1926 auf nur 16 800 Tonnen stellte, gegen 27 076 Tonnen im ersten Halbjahr 1925.“

Dieser Hinweis und diese Zahlen sind einem Artikel von Professor Dr. W. Vershöfen entnommen, der im „Stern“ Nr. 9 steht. Darin schreibt aber dieser Genannte ausdrücklich, daß in den betreffenden Quanten von dritter Hand exportierte Ware enthalten ist, daß sie also nicht den eigentlichen In- landsabsatz darstellen.

Die von Dr. Lewe angegebenen Inlandsabsatziffern von 1926 und 1925 führen ohne diesen Hinweis irre.

Um zur Klarheit beizutragen, muß eine Nichtigstellung vorgenommen werden. Der Inlandsabsatz vom Jahre 1925 betrug nach den Berechnungen des Herrn Vershöfen 85 428 Tonnen für Porzellangeschliffen, Luzeus- und Biergefäße. Nach der Halbjahresangabe von Dr. Lewe könnten diese Zahlen, daß er im ganzen Jahre 1925 jedoch 54 152 Tonnen betragen habe. Stellt man nun der von W. als richtig errechneten Jahresmenge von 85 428 Tonnen die eigentliche Halbjahres- menge von 1925 gegenüber, so sind das 17 714 Tonnen.

Im ersten Halbjahr 1926 errechnet W. die Inlandsabsatz- menge nach Abzug von dritter Hand exportierter Ware etwas über 14 000 Tonnen. Deshalb verhält sich der tatsächliche In- landsabsatz von 1926 und 1925 wie 17 714 zu 14 776 Tonnen. Das ist das der Wirklichkeit entsprechende Bild bei Halbjahres- vergleichen.

Gibt man Jahresvergleiche, so betrug die Gesamtprodukt- ion der genannten Artikel im Jahre 1925: 85 428 Tonnen In- landsabsatz + 44 335 Tonnen Export (733 b-c) = 79 763 Tonnen. Im Jahre 1926 mäßten es sein: 45 599 Tonnen Export (729 b-e) und 39 035 Tonnen Inlandsabsatz = 76 699 Tonnen insgesamt, oder 76,5 Proz. der Produktionskapazität.

Dabei soll noch erwähnt werden, daß der Inlandsabsatz des zweiten Halbjahres 1926 deshalb um 2000 Tonnen höher, also auf 16 900 Tonnen angelegt wird, weil die Erwerbslosigkeit und die Kurzarbeit in der Porzellanindustrie von 14,5 bzw. 27,1 auf 12 bzw. 18,5 Proz. zurückging.

So betrachtet und klargestellt, steht es mit dem Inlands- absatz und der Produktionskapazität der Porzellangeschliffen- und Luzeusindustrie doch etwas anders, als Dr. Lewe es mit einer bestimmten Absicht erscheinen lassen möchte.

Im allgemeinen entspricht der Inhalt des Artikels auch nicht seiner Heberchrift: denn für mehrere Zweige der fein- keramischen Industrie muß der Schreiber selbst angeben, daß in einigen Zweigen der Porzellan- und Steinzeugindustrie trotz Krise eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen war. Aber was an dem Artikel noch bemerkenswert ist: Dr. Lewe verweist ausdrücklich auf den ungenügenden Inlands- absatz und kennzeichnet damit den großen Mangel der heimischen Wirtschaft, die schlechte Kaufkraft. Auf Grund seiner Beweisführung müßte er umgekehrt, die Steigerung der Kaufkraft verlangen. Davon ist er jedoch weit entfernt. Im Gegenteil. Aus seiner Darstellung, wenigstens aus der tenden- zösen Heberchrift, geht hervor, als führe die feinkeramische Industrie einen Existenzkampf, bei dem sie geklopft werden müsse. Diese Schlussfolgerung steht jeder richtigen Logik ent- gegen.

Wenn die feinkeramischen Industriellen nicht begreifen, daß die Steigerung der Kaufkraft eine wirtschaftliche Notwendig- keit für ihre Industrie ist in einem Zeitpunkt, wo sie darunter zu leiden haben, dann werden sie die Einsicht auch nicht bis zum St. Nikolausfest bekommen. Sie werden deshalb von den Gewerkschaften dazu gezwungen werden müssen, auch von sich aus die Kaufkraft zu erhöhen, damit die Unternehmer wieder bessere Geschäfte machen und die Betriebe voll aus- nützen können.

Die ungenügende Kaufkraft des deutschen arbeitenden Volkes ist der Krebsbub, an dem die deutsche feinkeramische Industrie krankt; deshalb müssen sich die feinkeramischen Fabri- kanten der besseren Einsicht der Gewerkschaften fügen und mit gutem Beispiel in der Erhöhung der Kaufkraft vorangehen.

Ein Reif in der Frühlingsnacht.

Ein Reif fiel in den schönen Wamengarten der Un- organisierten und zerstörte ihnen mit einem Schlag ihre schönen Illusionen, und ließ sie aus allen Träumen fallen in die ranhe Wirklichkeit. Durch Anschlag vom 12. März d. J. machte die Direktion der A.-G. Kabla in Kabla bekannt: „Infolge der Kündigung unserer organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen leben wir uns zu unserem Bedauern ge- nötigt, unsere übrigen Arbeitnehmer zu ...“

Sonabend, den 26. März 1927, wegen Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten zu kündigen. Die hieron Betroffenen werden ersucht, ihre Entlassungs- bescheinigung am Sonabend, den 26. 3. 1927 vorm., im Pöhubüro abzuholen.

Wir erklären uns im übrigen bereit, nach Erledigung der Tarifstreitigkeiten das Beschäftigungsverhältnis der von obiger Maßnahme Betroffenen zu erneuern. R. A. R.

So, nun wissen sie, die lieben Hausdame! Wieder ein- mal sind sie um eine Erfahrung, aber auch um eine Ent- täuschung reicher! Obgleich es jeder und jede wissen konnte, daß die ehemals ach so schönen Reiten für die Unternehm- erlinge, die organisierten Streikbrecher, in das Reich der Schatten gegangen sind und kein Raum für Illusionen mehr vorhanden sein sollte, hatten sich in der letzten Zeit, namentlich seit den letzten Tarifverhandlungen, in unserem Berufs- zoreen allerlei schöne Vorstellungen gemacht. Voller Heber- zung erklärten sie unseren organisierten Kolleginnen und Kollegen, bzw. den verbenden Funktionären gegenüber, daß sie keinen Verband brauchen, daß sie sich die Beiträge lieber sparen wollen, dann haben sie wenigstens etwas davon, während die anderen ihr Geld den „Foulenzern“ hinschmeißeln Sie würden nicht mitreifen,

sondern gern weiterarbeiten! Ruhest Klammern sie sich noch an die Hoffnung, daß sie aus der Gewerkschaften für- zogar Unterfützung erhalten. Dieser ist auch diese Eitelblase schon zum Platzen gekommen; bei wirtschaftlichen Kämpfen (Streik- und Ausperrungen) läßt das Gesetz die Gewährung von Er- werbslosenunterstützung nicht zu. Na, schließlich haben doch die Unorganisierten die Verbandsbeiträge „absperrt“, und da- von können sie ja nun nach ihrer eigenen Be- hauptung — leben!

Der Herr C. W. Lehmann & Sohn will ebenfalls mit ausperrn, wie er „seinen“ Wertangehörigen durch „Maß“ vom 1. 3. 1927 bekanntgab. In Kabla werden dann rund 1400 organisierte Porzellanarbeiter, und circa 50 Unorgani- sierte streifen, bzw. ausgesperrt sein. Wenn sich der Kampf um eine Woche verzögert hat, so ist das das Verdienst des „Sozialdirektors“ bei der A.-G. Kabla, Herrn Dr. Richter, der in seiner Herzensangst in der Nichtanerkennung der durch die Beschäftigten im Auftrage sämtlicher organisierten Wertangehörigen eingereichten Kündigung, seinen letzten Ret- tungsanker zu erblicken glaubte, wahrscheinlich in der Hoffnung, auf diese Weise für sich einen Erfolg einheimen zu können. Aber es kam anders; über 1200 Kollegen und Kollegen- gemieteten sich in die in Umlauf gesehten „Mündigungslisten“ ein, während gerade 4 Duzend „Unentwegt“ ihren wert- vollen Namen wegließen. Herr Dr. Richter wollte die Kündigung auf sein „Wirken“. Nun hat er sie. Ob er daraus die richtigen Konsequenzen ziehen wird? Die Stimmung unserer Mitglieder ist zuversichtlich!

Willenstundegebung.

Von den streitenden Eisenberger Porzellanarbeitern wird uns geschrieben:

Obwohl sich die Porzellanarbeiterschaft für das Unter- nehmertum aufopfert, werden sie von dem Ertrag der von ihnen geschaffenen Werte fast ausgeschlossen. Mit Hungerlöhnen werden die Porzellanarbeiter abgepeist. Seit Jahren standen in der Porzellanindustrie die Löhne still. Die Porzellan- arbeiterschaft hat es endlich satt, sich weiterhin mit dieser Lage abzufinden.

Nachdem die Unternehmer die gestellten Forderungen der Porzellanarbeiter abgelehnt haben und auch örtlich jede Ver- handlung ablehnen, sieht sich die Porzellanarbeiterschaft ver- anlaßt, diesem Mißstand ein Ende zu machen. Sie erklärt, daß ihr der Kampf durch die Sympathie der Porzellanunternehmer aufgezungen worden ist.

Will die Porzellanarbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung nicht restlos verkommen, will sie die arg mitgenommene Ge- sundheit wieder aufrichten und will sie nicht von der Teilnahme an der Kultur ausgeschlossen sein, so ist es für sie eine gesell- schaftliche Notwendigkeit, den Kampf

für einen ausreichenden Lohn, für den Ausbau des Urlaubs, für die Sicherung und Wiederherstellung des Achtstun- detages aufzunehmen.

Die Porzellanarbeiterschaft ist gewillt, den Kampf um diese Forderungen nicht eher zu beenden, bis die von der Leipziger Verhandlungskommission aufgestellten Forderungen von den Unternehmern anerkannt sind und bis unsere Kollegen örtlich wieder in ihr altes Urlaubsverhältnis versetzt werden, welches uns durch eine grundsätzliche Ent- weidung des Oberverwaltungs- gremiums wurde.

Die Porzellanarbeiter geloben einander strengste Soli- darschaft. Für diejenigen, die durch Streikbrecherarbeit die Inter- essen der im Kampfe strebenden Porzellanarbeiter schädigen, haben die Streikenden nur die tiefste Verachtung übrig.

Ueber die Drohungen der Unternehmer, daß sie die alten, unvalden und aktiv kämpfenden Kollegen nicht mehr in ihre Betriebe aufnehmen werden, geben die streitenden Porzellan- arbeiter zur Tagesordnung über. Die im Kampf liegende Porzellanarbeiterschaft erklärt, daß sie nicht eher in die Betriebe zurück geht, bis nicht alle vor dem Kampf in den Betrieben Tätigen wieder in diese aufgenommen worden sind.

Das Mellegeschäft.

Die Leipziger Messe war für die Porzellanindustrie günstig. Die Berichte einer Anzahl Zeitungen lassen erkennen, daß „je Kopf das Maß der Bestellungen höher angefallen ist als früher. Vom Ausland hat sich namentlich Süd- und Nord- amerika verhältnismäßig gut am Einkauf beteiligt. Die europä- ischen Länder haben sich gleichfalls als Einäufer betätigt.“

Nach einem anderen Blatt — nicht etwa eines Leipziger — wurden eine Anzahl von führenden Firmen so stark mit Un- trägen überrascht, daß neue Bestellungen in den letzten Tagen erst für Herbstlieferungen angenommen werden konnten. Be- sonders stark gefragt waren gute Mittelqualitäten. In der bayerischen Porzellanindustrie ist man mit dem Mellegeschäft recht zufrieden.

Es bestätigt sich also, daß das Jahr 1927 mit günstigeren Geschäftsaussichten beginnt als 1926.

Für Sie in gut haben sich nach den Berichten die Er- wartungen nicht so erfüllt als für Porzellan. Die Nachfrage besserte sich etwas. Das Inland gab quantitativ höhere Auf- träge als das Ausland. Man muß jedoch abwarten. Die Stein- gutindustrie war im Jahre 1926 verhältnismäßig gut be- schäftigt, und auch gegenwärtig wird vielfach mit vollem Sa- arbeits.

Ziegler-Konferenz in Leipzig.

Am 13. März fanden sich im Volkshaus zu Leipzig außer dem Vertreter der Branchenleitung Grobkamm, Kollege G. L. ner - Berlin, und dem Gewerbetreter, Kollege G. ö. h. e. r - Dresden, und aus 11 Rabbstellern 37 Delegierte von der Streik- bauernschaft Leipzig im Reichsaat Sachlen ein, um Stellung zu nehmen zu der gegenwärtigen Wirtschaftslage und dem zu- zeit ungenügenden Lebensverhältnis.

Nach den Begründungsworten des Kollegen Klabe - Leip- zig nahm Kollege G. L. ner - Berlin das Wort zu dem Thema: „Die Lage in der Zieglerindustrie.“ Einleitend wies Redner auf die Tatsache hin, daß tariflich zurzeit die Unternehmer eine ganz andere Stellung einnehmen, als im Vorjahre. Dar im Vor- jahre eine allgemein ablehnende Haltung gegen Tarifverträge bei der Unternehmerschaft zu verzeichnen, so heute das Gegen- teil. Man drängt auf die Arbeiterschaft zum Abbruch von Tarifen. Wirtschaftlich betrachtet, ist ebenfalls eine gewaltige Änderung eingetreten, indem im Vorjahre erhebliche Verluste an Ziegeln von 1925 übernommen wurden, während für 1927 die Tatsache feststeht, daß Vorräte bezüglich wenig vorhanden sind. Auf Grund dessen ist weiter festzustellen, daß in sehr vielen Fällen das Unternehmertum besteht ist, recht frühzeitig mit der Produktion zu beginnen.

Von entscheidender Bedeutung sind die Bestrebungen des Reiches und der Länder, eine starke Belebung der Bauwirtschaft herbeizuführen. Nach vorliegenden Ergebnissen der bisherigen Beratungen hierüber ist damit zu rechnen, daß die Bauwirtschaft in diesem Jahre eine bedeutend größere sein wird. Es wäre jedoch verfehlt, sich allzu großen Hoffnungen hinzugeben und Illusionen aufkommen zu lassen.

Die Tatsache, daß im Jahre 1926 die Zahl der neu er- stellten Wohnungen an die Vorkriegszeit heranreicht und trop- dem von einer zufrieden Beschäftigung nicht geredet werden kann, spricht dafür, daß die Nationalisierung auch in der Ziegler- industrie außerordentliche Fortschritte macht. Unsere Ziegler- kollegen lazen dieser Frage viel zu wenig Bedeutung bei. Wenn berücksichtigt wird, daß 1912 nach den Berichten der Ziegler- berufsenschaft rund 251 000 Versicherte vorhanden waren,

dagegen 1926 nach vorsichtiger Schätzung höchstens 150.000. So stellt dieser gewaltige Rückgang an Beschäftigten in keinem Verhältnis zum Produktionsrückgang und zwar infolgedessen, als die 1912 Beschäftigten mit einer Kampagnezeit von wenigstens acht Monaten rechnen konnten, während im vergangenen Jahre eine Kampagnezeit von 4 Monaten reichlich war. Wenn 60 Proz. der Vorkriegsproduktion hergestellt wurde, so ist diese Leistung mit 80 Proz. der Beschäftigten vollbracht. Hieraus sollten die Zieglerkollegen lernen und die größte Aufmerksamkeit darauf legen, daß die Rationalisierung nicht auf Kosten der Kollegen herabgeführt wird. Wenn auch Maschinen, wie in Amerika, die 40.000 Steine und mehr in der Stunde erzeugen, für Deutschland noch nicht in Betracht kommen, so hat doch die Leipziger Messe gezeigt, daß auch wir schon Maschinen haben, die 6000 Steine und darüber herstellen.

Wo solch massenhafter Fortschritt vorhanden ist, bildet die lange Arbeitszeit in der Zieglerlei ein besonderes Kapitel, und es muß darauf gedrängt werden, daß eine Höchstarbeitszeit von 8 Stunden endlich durchgeführt wird. Lediglich länger zu arbeiten, um schneller arbeitslos zu werden, ist widersinnig und unwirtschaftlich. Hervorgehoben muß werden, daß von Unternehmerseite die lange Arbeitszeit benutzt wird, um die Löhne niedrig zu halten, so daß unsere Kollegen Vorteile aus dieser langen Arbeitszeit nicht haben. Glücklichweise bricht sich auch in Zieglerkreisen die Erkenntnis Bahn, daß, wer länger als acht Stunden arbeitet, sich selbst und seine Mitkollegen schädigt. Trotzdem die Löhne bescheiden zu irriteren, indem die Behauptung aufgestellt wird, die hohen Löhne seien Schuld an den hohen Preisen. Hier sollten die Zieglerkollegen doppelt Obacht geben, da auch die Behörden vielfach glauben, eine Preissteigerung durch Lohnkürzungen möglich machen zu können.

Auch die Affordarbeit hat zu Mißständen geführt, die beseitigt werden müssen; deshalb muß die Kollegenschaft dauernd die Frage im Auge behalten.

Kollege Elmer legt im weiteren dar, wie das Unternehmertum es verstanden hat, durch festen Zusammenschluß sich Vorteile zu verschaffen und weist auf die Ungleichheiten hin, die die Unternehmer haben, um jene Betriebe, die ihre Produktionsquote nicht erreichen oder auch nicht erreichen wollen, zu entschädigen mit einem Satz von 2 Mk. pro 1000 Steine.

Unsere Forderung für die Zukunft muß sein:
ausreichende Löhne,
anständige Arbeitsbedingungen,
fort mit dem Afford
und der längeren Arbeitszeit.

Die Kollegen und Kolleginnen müssen in diesem Jahre alles daransetzen, ihre Mitarbeiter aufzuklären, um diese für die Organisation zu gewinnen.

Kollege Göhler-Dresden berichtete anschließend über die in den letzten Jahren geführten Verhandlungen des Hauptverbandes und der Lohnverbände. Er wies darauf hin, daß es nicht immer leicht war, zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Wollen wir in diesem Jahre zu einem guten Lohnvertrag kommen — der alte läuft am 31. 3. 1927 ab — dann muß es Aufgabe der Kollegen sein, alles daranzusetzen, den letzten Mann für die Organisation zu gewinnen.

Nachdem noch eine größere Anzahl Kollegen zu dem Lohnvertrag gesprochen hatte, wurde über einen eingereichten Antrag:

Die am 13. 3. 1927 stattfindende Zieglerkonferenz beauftragt, daß die Gewerkschaft eine Forderung von 85 Pf. Stundenlohn dem Arbeitgeberverband unterbreitet.

abgestimmt. Er fand einstimmige Annahme.

Über die in den Zieglerleien bestehenden schlechten Wohnverhältnisse wurde noch eingehend behandelt und gefordert, daß alles versucht werden muß, dort Abhilfe zu schaffen.

Kollege Klahre-Leipzig sagte die in der Konferenz vorgeschlagenen Ausführungen zusammen und brachte zum Ausdruck, daß trotz des technischen Fortschrittes und der Rationalisierung die Kollegen durch Aufklärung versuchen müssen, ihre Rechte zu wahren.

Alle Redner hatten zum Ausdruck gebracht, alles zu tun, um die Lage der Ziegler zu verbessern. In diesem Geist fand die Konferenz ihr Ende.

Bekommen wir ein gutes Jahr?

Es muß mehr geübt werden. Diese Erkenntnis kommt jetzt bei allen maßgebenden Stellen mit elementarer Macht zum Ausdruck. Denkprogramme aller Art liegen vom Reich, von Ländern, Kommunen und Privaten vor mit dem ausgesprochenen Zweck, in mehr oder minder glücklicher Weise den Staat zu beleben, der Wohnmangel zu steuern und vor allem die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Erkenntlich ist, daß rechtzeitig zu den angewiesenen Fragen Stellung genommen ist, so daß damit gerechnet werden kann, früher als sonst die Baulätigkeit in Gang zu bringen und möglichst lange zu halten, damit Tausenden und aber Tausenden Arbeit und Verdienst zugeführt ist.

Bemerkenswert ist die Stellung des Reichswirtschaftsrats, der in seinen angelegten Leitlinien von dem Gedanken ausgeht, daß der Wohnbau mit allem Nachdruck zu fördern ist. Da der Bedarf an Wohnungen mit öffentlichen Mitteln nicht gedeckt werden kann, soll im weitesten Umfange die Privatinitiative herangezogen werden.

Um das Privatkapital zu interessieren und aus seiner Aufmerksamkeit zu bringen, sollen die von ihm anzubringenden Gelder in Rahmen des höchsten Zinswertes des Landes gesteuert werden. Durch diese Steuerverminderung hätte ausweiskhaft die Privatinitiative angeregt werden und weite Kreise davon Gebrauch machen.

Des Weiteren ergeben die Vorschläge, daß Banken und Sparkassen die Banken mit 40 bis 50 Proz. befristeten und auch die Forderung einer Erleichterung eintritt.

Als wesentlich muß der Vorschlag bezeichnet werden, der geeignet ist, das Geld in den Wirtschaftskreislauf zu erhalten. Es sollen neben der Staatsbankrottentilgung Anleihen ausgeben werden, so daß der anwachsende Reichtum mit den Mitteln des Staates und durch den Staat herbeigeführt werden können. Es sind einwöchentliche, des anderen aber in der Woche wöchentlich tragbar sind.

Interessant liegen in dem Vorschlag der Ausweiskhaft gewisse Gedanken, jedoch kommt es in jetziger Zeit darauf an, möglichst viel zu bauen. Erweitert sich weiter, daß die Baulätigkeit, aus diesen Anleihen herbeigeführt werden, werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, um diesen Zweck der Baulätigkeit zu legen.

Mit Nachdruck wird ferner in den Vorschlägen darauf hingewiesen, daß eine moderne, technisch ausgestattete Bauweise das größte Mittel und der beste Weg ist.

Des Weiteren wird zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, die anwachsenden Reichtümer auf das ganze Volk möglichst gleichmäßig zu verteilen, damit auch die Beschäftigten eine möglichst dringende Beschäftigung hat.

Laut dem anerkannt, daß die von uns als Arbeitnehmer seit langem ersehnte Forderung ihre innere Berechtigung hat, und es ist nur zu wünschen, daß das nun Erreichte als Schritt zur Baulätigkeit kommt. Für alles sind es die Behörden, die hier mit einem Bericht vorzutreten sollten und somit gesunden, was sie bisher gemacht haben.

In der ersten Sitzung des Reichswirtschaftsrats wird auch der Antrag in Frage gestellt werden und in der

erwarten, daß dann endgültig die Bahn frei gemacht wird, um ein wirklich ausreichendes Baues zu ermöglichen und den Arbeitsmarkt fürher zu entlasten. Ueberall regt sich die Baulätigkeit und es wäre unerantwortlich, wenn die zuständigen Stellen verlagern würden. Auch die Baustoffarbeiter sind hier im stärksten Maße interessiert und können verlangen, daß auch auf sie Rücksicht genommen werden muß.

Nach alledem, was bis jetzt bekannt ist, darf jedoch angenommen werden, daß Beschlüsse nicht eintreten und ist somit zu erwarten, daß auch unsere Kollegen endlich einmal aufatmen können.

Berichtigung.

In Nr. 12 vom 19. 3. 1927 sind in der Notiz: Die Geschäftslage in der Zementindustrie, auch die Spitzenlöhne der Zementarbeiter in der Steintor-Borsdorfer-Zementfabrik in Steintor angegeben. Dabei ist uns ein behauerliches Versehen passiert. Beim Zementarbeiter steht der Spitzenlohn nicht auf 54 Pf., sondern auf 61 Pf.; beim Ungerelerten statt 51 Pf. 57 Pf. Auch diese Löhne sind angesichts der guten Gewinne in obiger Firma äußerst niedrig und können eine gehörige Aufbesserung erfahren.

Aus dem Verbandleben.

Vertreterkonferenz im Gau 12.

Am Sonntag, den 13. März, fanden sich die Vertreter der Zahlstellen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau 12 (Nordb., Pfl., Saar- und Rheingebiet), in Neustadt a. Ost. zu einer Konferenz zusammen, um zu dem Bericht des Verbandsrates, zur Agitation und Organisation Stellung zu nehmen. Außerdem war noch ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Thiemig, Hannover, auf der Tagesordnung vorgesehen. Schon die zahlreiche Beschickung der Konferenz war ein Beweis für das große Interesse, das den zur Beratung stehenden Punkten entgegengebracht wurde. Alle Zahlstellen waren vertreten.

Vor Eröffnung der Tagung trug der Arbeiter-Gesangverein „Vollschor“ das Lied „Lob Jolejon“ wirkungsvoll vor, wofür der Kollege Gauleiter Schreiber bei Eröffnung der Konferenz im Namen der Delegierten herzlich dankte. Der Vorsitzende des Ortsausschusses Neustadt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Galfar, begrüßte die Delegierten im Namen der organisierten Arbeiterklasse von Neustadt.

Über Punkt 1, Bericht vom Verbandsrat, referierte der Kollege Heinrich Derringer-Ludwigshafen und führte aus, daß die erste Tagung des Verbandsrates seit dem Zusammenkommen mit dem früheren Glas- und Porzellanarbeiterverband im „Keramischen Bund“ naturgemäß stärker besetzt war, als die früheren Sitzungen. Eine reichhaltige Tagesordnung mußte erledigt werden. Neben dem Bericht des Vorstandes wurde Stellung genommen zu den Beschlüssen der eingeleiteten Kommission des ADGB über die Einheitslöhne des Glas- und Unterstufenwesens der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften. Die Arbeitszeit und Lohnfragen, das Arbeitsgerichtsrecht, der Arbeiterbeschwerdeinstellung wurden in der Besprechung eingehend besprochen und die Stellungnahme des Verbandes in Entschlüsseungen klar zum Ausdruck gebracht.

Der Bericht über die Beiratssitzung wurde bereits früher schon veröffentlicht, weshalb heute eine Wiederholung desselben vermieden werden kann.

Die Einführung einer Invalidenunterstützung für die Mitglieder des Verbandes rief in der Konferenz Meinungsverschiedenheiten hervor. Einige Redner sind nicht für den weiteren Ausbau der Unterstufeneinrichtungen, während die Mehrzahl der Delegierten den weiteren Ausbau begrüßte. Im übrigen stellt sich die Zahlstellenleiterkonferenz hinter die Beschlüsse des Beirates.

Zur Agitation und Organisation gab zunächst Kollege Gauleiter Schreiber einen Überblick über die verflochtenen Arbeiten und gab Anregungen für die beginnende Frühjahrsagitation. Des Weiteren kam er auf die kürzlich abgeschlossenen Lohnbewegungen zu sprechen und wies auf die noch bevorstehenden hin. Er ermahnte die Zahlstellen um Unterstützung in allen Fragen, denn durch gemeinsame Arbeit zwischen Zahlstellenleitungen und Gewerkschaften könne Erprobliches geleistet werden.

Kollege Gauleiter Kern berichtete dann über die finanziellen Verhältnisse der Zahlstellen und die Beitragsleistung in denselben und kam zum Schluß mit dem Ersuchen, alles daranzusetzen, daß die Beitragsleistung nach den Bestimmungen des Statuts durchgeführt wird.

In der anschließenden Diskussion wurden von den Delegierten die örtlichen Schwierigkeiten bei der Agitation und dem Ausbau der Organisation zum Ausdruck gebracht. Es wurde hierbei ganz besonders hervorgehoben, daß in allen Betrieben die Vertrauensmännerkörper besser ausgebildet werden und die Arbeiterklasse aus ihrer Reserve heraustrreten müsse, wenn sie weitere Erfolge erzielen wolle. Nur durch eine gut ausgebildete Organisation mit finanzieller Schlagkraft können die Interessen der Arbeiterklasse wirksam vertreten werden.

Das Referat des Kollegen Karl Thiemig-Hannover über das Verhältnis des Verbandes der Fabrikarbeiter zu den anderen freien Verbänden wurde von den Delegierten mit Beifall angenommen.

Zum Schluß dankte Kollege Schreiber der Zahlstelle Neustadt für die materielle Vorbereitung der Konferenz und forderte die Delegierten auf, im Sinne der gefassten Beschlüsse in den Zahlstellen zu wirken.

Vertreterkonferenz des Ganes 3.

Die Gau- und Zahlstellenleiterkonferenz des Ganes 3, Brandenburg, war am 6. März 1927 im Gewerkschaftshaus zu Berlin. Auf der Tagesordnung stand:

1. Vortrag des Kollegen Karl Thiemig-Hannover über: Die Verschmelzung von Glas-, Porzellan- und Fabrikarbeitern und deren Auswirkung.
2. Geschäftsbericht.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

60 Delegierte aus 29 Zahlstellen waren anwesend. 6 Zahlstellen hatten sich entschuldigt und keine Vertreter entsandt. Außerdem nahmen teil vom Hauptverband ein Kollege, vom Allgemeinen Gau 3 Kollegen, der Kollege Bulke-Dresden, der Bezirkssekretär des ADGB, ferner Gauleiter und Gauleiter mit zusammen 4 Kollegen.

Der Vortrag des Kollegen Thiemig fand allgemeine Zustimmung. Dieser gab einen historischen Rückblick, behandelte dann in eingehender und klarer Weise die einzelnen Phasen der Entwicklung sowie die Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, um bis gesteckte Ziel zu erreichen. Klar herausgearbeitet in dem Vortrag war die Tendenz, welche im Fabrikarbeiterverband schon lange in der Vorkriegszeit bestand, zu Industriebereichen zu kommen. Dieser Tendenz ist der Fabrikarbeiterverband bis heute treu geblieben. Allerdings wird er sich gegen Bestrebungen zur Wehr zu setzen wissen, die sein Agitationsgebiet unter andere Verbände erteilen wollen, ohne daß mit dem Fabrikarbeiterverband ein Einverständnis erzielt worden ist. Einen gewerkschaftsrechtlichen Lehenslehre wir ab. Wir sind jederzeit bereit, berechtigten Interessen anderer Organisationen Rechnung zu tragen. Diese Bereitwilligkeit hat jedoch die Gegenpartei zur Voraussetzung. Die Schaffung des Keramischen Bundes war ein Experiment. Irgendwelche Erfahrungen auf diesem Gebiet waren weder von uns noch von anderen Organisationen gemacht worden. Heute können wir sagen, das Experiment ist geglückt. Der Zusammenschluß wird gegenseitig für alle Beteiligten sein. Kollege Thiemig ging dann noch

weiter darauf ein, welches die wahrscheinlichen Auswirkungen dieses Zusammenschlusses sein werden.

Die Konferenz folgte mit lebhaftem Interesse den Ausführungen des Kollegen Thiemig und dankte am Schluß durch ihre Beifall. Die Diskussion äußerte sich in zustimmendem Sinne zu den Ausführungen des Kollegen Thiemig.

Den Geschäftsbericht gab der Kollege Kohl. Er vermittelte auf den ausführlichen gedruckten Bericht, der jedem Delegierte ausgehändigt war, und ergänzte den Bericht in einzelnen Teilen. An den Bericht schloß sich eine lebhaft Diskussion.

Unter Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Statistik besser gepflegt werden soll. Das statistische Büro des Hauptverbandes liefert ganz vorzügliches Material. Wenn dieses Material manchmal nicht vollkommen ist, dann liegt dieses an der mangelnden Berichterstattung der einzelnen Zahlstellen. Vom Kollegen Kiemer wurde auf die Bewegung in der Porzellanindustrie hingewiesen und die Verhältnisse in Borussia, wo unsere Kollegen im Streit stehen, geschildert. Die Ausführungen des Kollegen Kiemer gaben dem Kollegen Thiemig Gelegenheit, wirkungsvoll das Einst und Heute gegenüberzustellen. Die Konferenz war von einem guten Geiste beherrscht, der Gewähr dafür bietet, daß die Organisation rüstig vorwärts schreitet und an Macht und Einfluß stets gewinnen wird. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen.

Das bämliche Beitragszahlen.

So mancher „intelligente“ Zifferentz würde morgen am Tag Verbandsmitglied werden, wenn — nur das bämliche Beitragszahlen nicht wäre. Die unermeßliche Arbeit und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiter werden von diesen Leuten ja immer als ein Nichts angesehen. Sie wissen ganz genau, daß das Unternehmertum keinen Pfennig freiwillig an Lohn-erhöhung zahlt. Bei einigem Nachdenken müssen sie auch zu der Einsicht kommen, daß sie ihre Lohnverbesserungen nur der Kraft ihrer organisierten Mitarbeiter zu danken haben. Aber — das Beitragszahlen! Diesen Kollegen sollte man einmal folgende Rechnung vor Augen führen: Wenn jemand an sie im Januar 1924 herangetreten wäre, sie sollten sich organisieren, sie bräuchten keinen Beitrag zu zahlen, sie sollten sich nur verpflichten, von jeder Lohnverhöhung dem Verband wöchentlich 10 Prozent abzugeben?

Wir glauben, daß sich viele bereit erklärt hätten, auf diesen Vertrag einzugehen. Was hätte der einzelne dann aber heute zu zahlen? Das kann sich jeder leicht selbst ausrechnen, wenn er vergleicht, wie unsere Löhne im Januar 1924 gestanden haben und wie sie heute stehen. Ueberall haben wir pro Stunde 20, 30, 40 Pf. und mehr an Lohnverhöhung zu verzeichnen. Bei nur 48 Arbeitsstunden, ohne Berechnung der Mehrarbeit usw., die heute vielfach verlangt wird, würden wir auf Beiträge kommen, die oft erheblich über den Verbandsbeitrag hinausgehen.

Eine solche Verpflichtung hätte ein jeder einhalten müssen, freiwillig aber nur einen Teil dessen zu tragen, wozu sie moralisch verpflichtet sind; das wollen sie nicht, die Unorganisierten. Sind sie wirklich nicht zu bekehren?

In der Woche vom 20. bis 26. März
ist der 13. Wochenbeitrag fällig.

Allgemeines.

Jeder 99. Deutsche ist bei der Volksfürsorge versichert; denn unser gewerkschaftlich-gesellschaftliches Unternehmen hat jetzt schon wieder einen Bestand von über 700000 Versicherungsungen. Das ist immerhin ein achtbarer Erfolg, besonders, wenn berücksichtigt wird, daß die Volksfürsorge überhaupt erst seit 1913 besteht und die Kriegs- und Inflationszeit außerordentlich hemmend wirkte. Im Januar d. J. wurden mehr als 25 000 Versicherungen abgeschlossen, und das Februarergebnis wird noch besser werden. Wenn die Entwicklung der Volksfürsorge so weiter geht, wird das Verhältnis der Bevölkerungsziffer des Deutschen Reiches zur Anzahl der bei der Volksfürsorge Versicherten bald ein ganz anderes sein, und zwar ein viel günstigeres. Auf dem Gebiete der Volksversicherung ist jetzt unsere Volksfürsorge führend. Die freien Gewerkschaften und Genossenschaften können stolz auf ihr Werk sein, das einst vor der Gründung bzw. in seinen Anfangsjahren von allen Seiten so bitter befehdet wurde — und auch heute noch genug Gegner hat.

Die Krankenversicherung der Erwerbslosen soll nach den jetzigen Bestimmungen auf Antrag der Gemeinden durch die Ortskrankenkassen durchgeführt werden. Die Vorschrift ist nicht zwingend, wird aber von fast allen Gemeinden beachtet. In zusammenhängenden Erwerbslosenversicherungsgemeinschaften werden die Arbeitslosen ohne weiteres auch gegen Krankheit versichert. Das Krankengeld wird in Höhe der Arbeitslosenunterstützung gewährt. Trotzdem sind noch nicht alle Nachteile für den Arbeitslosen damit beseitigt. Bei manchen Krankenkassen wird z. B. die Familienhilfe nur gewährt, wenn der Versicherte die Familie „aus seinem Arbeitsverdienst“ unterhalten hat. Da die Arbeitslosenunterstützung kein Arbeitsverdienst ist, würden die Arbeitslosen hiernach ohne Familienhilfe bleiben müssen. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen hat deshalb die Krankenkassen ersucht, auch den Erwerbslosen die Familienhilfe zu geben. Gleichzeitig wurde beim Reichstag beantragt, im Arbeitslosenversicherungsgesetz diese Mängel zu beseitigen.

Literarisches.

Die neuen Arbeitsregeln. Vortrag, gehalten von Obermagistrat P. Wölling, Ersten Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts der Stadt Berlin. Den Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, den Besitzern der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte sowie überhaupt allen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird dabei dieses kleine Heft, das ohne Umschweife gleich auf die Kernfragen des Arbeitsrechts einget, willkommen sein. — Preis 50 Pf. Erhältlich in der Städtischen Druckerei Neukölln, Rathaus, Breitenstr. 64.

Briefkasten.

Au die Zahlstelle Stolberg. Der Bericht kann nicht abgedruckt werden.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Unterlasurmalen und -malerinnen stellen ein G. & E. Carstens, Magdeburg. Ein tüchtiger Spiegelglaspolierer mit kräftigem Sohn sucht Stellung, sofort oder später, durch Arbeitsnachweis Joseph Reimer, Untermuratal, Post Reunburg v. W., Oberpfalz. 2 tüchtige Schweißer, 2 Bader für Porzellanfabrik, mehrere Baderinnen und Malerinnen stellt ein Porzellanfabrik Kleinembach, G. m. b. H. Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt. Für sofort wird gesucht ein nicht zu junger Glaschleifergehilfe als Kompanist, der mit allen vor kommenden Arbeiten der Bleiglasbrände vertraut ist. Meldungen erbeiten an Reinhold Kuchinke, Glaschleifer, Rüdgers, Kreis Glad. 1 Scheibergchilfe, dauernde Arbeit, perfekt im Flächen-schleifen, wird sofort gesucht. Logis vorhanden. Durch Paul Wallach, Arbeitsnachweis, Galsbau, Kreis Sagan, Blücherstraße 9. (38)